

DIE LANDESREGIERUNG FÜR DEUTSCHBÖHMEN UND DAS SELBSTBESTIMMUNGSRECHT 1918/1919*

Von Susanne Maurer-Horn

Deutschböhmen umfaßte den größten Teil des Siedlungsgebietes der deutschsprachigen Bevölkerung in Böhmen. Als „Provinz Deutschböhmen“ wurde es am 29. Oktober 1918 in einer Versammlung aus Böhmen stammender deutschsprachiger Reichsratsmitglieder konstituiert und zu einem „unabtrennbaren Bestandteil“ des Staates Deutschösterreich erklärt. Die Versammlung verlangte unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker eine Volksabstimmung für Deutschböhmen, falls bestritten werde, „daß die gewaltige Mehrheit der Bevölkerung Deutschböhmens deutsch ist und ihre Einverleibung in den tschechischen Staat nicht will“¹.

Die tschechoslowakischen Politiker wollten auf der Pariser Friedenskonferenz die Anerkennung der historischen Grenzen der böhmischen Länder als Grenzen des tschechoslowakischen Nationalstaates durchsetzen, was bedeutete, daß Deutschböhmen Teil des tschechoslowakischen Staates würde². Die Landesregierung für Deutschböhmen setzte sich zum Ziel, dies zu verhindern. Sie erreichte ihr Ziel nicht: Im Friedensvertrag von St. Germain am 10. September 1919 wurde Deutschböhmen dem tschechoslowakischen Staatsgebiet zugesprochen. Zu einer Volksabstimmung kam es nicht. Nach knapp elfmonatigem Bestehen wurde die Landesregierung für Deutschböhmen aufgelöst³.

In vielen Studien richtet sich das Augenmerk auf die Frage, warum die Friedenskonferenz nicht auf die Forderungen der Landesregierung für Deutschböhmen einging⁴.

* Die folgenden Ausführungen basieren auf meiner Lizentiatsarbeit *Die Idee vom Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Tschechen in Böhmen am Ende des Ersten Weltkrieges*, die ich bei Prof. Dr. Jörg Fisch an der Universität Zürich im Jahre 1994 eingereicht habe.

¹ Neues Wiener Tagblatt (Wien) vom 30. 10. 1918 (Aus dem Aktenmaterial der Landesregierung für Deutschböhmen, das auch gesammelte Zeitungsauszüge enthielt. Vgl. Anm. 5).

² Hier wird isoliert der Fall Deutschböhmen behandelt. Auf die Bildung der Gebietskörperschaften Böhmerwaldgau, Kreis Deutschmähren und Sudetenland wird nicht eingegangen, zumal zwischen ihnen und Deutschböhmen fast keine Zusammenarbeit stattfand. Zur Agitation für diese Gebiete siehe Molisch, Paul: *Die sudetendeutsche Freiheitsbewegung in den Jahren 1918–1919*. Wien–Leipzig 1932.

³ Am 24. September 1919 trat sie in Wien zum letzten Mal zusammen und wurde von dem Präsidenten der Nationalversammlung Deutschösterreichs verabschiedet. Siehe dazu Rudolf Lodgman v. Auen: *Ein Leben für Recht und Freiheit und die Selbstbestimmung der Sudetendeutschen*. Nürnberg 1984, 149–158. (Veröffentlichungen des Sudetendeutschen Archivs 18).

⁴ Siehe z. B. Wolfe, James H.: Woodrow Wilson und das Selbstbestimmungsrecht. Das Problem der böhmischen Grenze. *Bohemia* 8 (1968) 217–226 und Hölzle, Erwin: Wilsons

Eher unberücksichtigt blieben in der Forschung die Auseinandersetzungen innerhalb der Landesregierung und die Frage der Übereinstimmung ihrer Politik mit den Wünschen der Bevölkerung Deutschböhmens. Die Akten der Landesregierung – Sitzungsprotokolle, Berichte, Rundschreiben, Erlasse und Briefe⁵ – und die Berichte des reichsdeutschen Gesandten in Prag, Konsul Fritz Freiherr von Gebattel⁶, erlauben Einblicke in diese zwei Problembereiche, die hier wie folgt umrissen werden können:

- Die Landesregierung konnte sich besonders in den ersten Monaten ihrer Agitation nicht sicher sein, wie sich die Bevölkerung Deutschböhmens im Falle einer Volksabstimmung aussprechen würde. Daß die Bevölkerung die Zugehörigkeit Deutschböhmens zum tschechoslowakischen Staat mehrheitlich ablehnte, war keineswegs sicher. Die Bevölkerung Deutschböhmens mußte von der Landesregierung erst „national erweckt“ werden.
- In der Landesregierung arbeiteten erstmals die Bürgerlichen mit den Sozialdemokraten zusammen. Sie engagierten sich für Deutschböhmen unter einem gemeinsamen Nenner, dem Kampf um Deutschböhmens Selbstbestimmungsrecht, und bauten zusammen eine Propagandaorganisation auf. Zur Bevölkerung Deutschböhmens hatten sie jedoch einen unterschiedlichen Bezug, was auch aus ihren Propagandaschriften hervorgeht.

Die Auseinandersetzung mit von der Seite der Landesregierung verfaßten Propagandaschriften⁷ führt in einen dritten Problembereich, der nicht nur die Agitation der Landesregierung betrifft, sondern die Formel vom Selbstbestimmungsrecht der Völker allgemein. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker war 1918/1919 keine eindeutig anwendbare Völkerrechtsnorm, sondern ein politisches Prinzip⁸. Es wurde als Schlagwort gebraucht, und es machte sich auch niemand die Mühe, es zu definieren⁹.

Friedensplan und seine Durchführung. In: Hellmuth Rössler (Hrsg.): *Ideologie und Machtpolitik 1919, Plan und Werk der Pariser Friedenskonferenzen 1919*. Göttingen 1966, 9–21.

⁵ Sie wurden für das Sudetendeutsche Archiv in München gesammelt und stammen aus dem Allgemeinen Verwaltungsarchiv in Wien. In den Anmerkungen werden sie mit dem Kürzel „DBLR“ gekennzeichnet.

⁶ Er informierte Berlin über die Verhältnisse in Böhmen. Vgl. *Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag, Teil 1: Von der Staatsgründung bis zum ersten Kabinett Beneš 1918–1921*. München 1983 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 49,1), im Folgenden abgekürzt mit „Gesandtschaftsberichte“.

⁷ Analysiert werden hier Seliger, Josef: *Warum kämpfen wir für das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes?* Teplitz-Schönau 1919; Wieser, Friedrich: *Deutschböhmens Selbstbestimmungsrecht*. In: Rudolph Lodgman (Hrsg.): *Deutschböhmen*. Berlin 1919, 225–290 und *Deutschböhmens Recht auf Selbstbestimmung*. Vademecum 1919.

⁸ Alter, Peter: *Nationalismus*. Frankfurt/M. 1985, 96. Seit dem Inkrafttreten der Menschenrechtspakte im Jahre 1976 ist es Bestandteil des geltenden Völkerrechts. Inhalt und Träger des Selbstbestimmungsrechts sind jedoch bis heute umstritten. Zur Problematik des Selbstbestimmungsrechts vgl. Fisch, Jörg: *Selbstbestimmungsrecht – Opium für die Völker?* Neue Zürcher Zeitung vom 9./10. 9. 1995. Siehe auch *Politische Studien, Sonderheft 6/1993: Selbstbestimmungsrecht und Frieden*.

⁹ Vgl. Schmid, Georg: *Selbstbestimmung*. Anmerkungen zur historischen Relevanz eines politischen Schlagwortes. In: Bosl, Karl (Hrsg.): *Versailles – St. Germain – Trianon. Umbruch in Europa vor 50 Jahren*. München 1971, 127–142, hier 131.

Die Versammlung, die Deutschböhmen konstituierte, setzte das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit dem Nationalitätsprinzip gleich, das sie als Recht eines Volkes verstand, „innerhalb der Grenzen seines Siedlungsgebietes seinen unabhängigen Staat zu bilden“¹⁰. Nach dem Nationalitätsprinzip stand jeder Nation¹¹ das Recht zur Bildung eines unabhängigen nationalen Staates zu¹². Was verstand man jedoch unter einer Nation? Wie rechtfertigten die in der Landesregierung vertretenen Bürgerlichen, wie die Sozialdemokraten den Kampf um Deutschböhmens Selbstbestimmungsrecht? Es zeigt sich, daß der Begriff vom Selbstbestimmungsrecht der Völker einen Interpretationsspielraum bot, in dem sowohl volkstümlich-nationalistische als auch demokratische Vorstellungen Platz hatten. Die Landesregierung schlug sich mit dem Begriff herum und bog ihn für ihre Ziele passend¹³.

Die Haltung der Bevölkerung Deutschböhmens

Nach den Vorstellungen der Landesregierung bestand Deutschböhmen aus 38 zusammenhängenden und mehrheitlich deutschsprachigen Bezirken im Norden und Nordwesten Böhmens. Von der Bevölkerung dieser Bezirke hatten nach den Ergebnissen der letzten österreichischen Volkszählung im Jahre 1910 2.070.438 Einwohner Deutsch und 116.275 Tschechisch als Umgangssprache angegeben¹⁴. Die tschechischsprachige Bevölkerung siedelte vor allem in den im Kohlerevier liegenden Bezirken¹⁵. Für die Landesregierung waren die Deutschsprachigen Deutsche, und sie ging davon aus, daß diese Deutschen in einem deutschen und nicht in einem tschechoslowakischen Nationalstaat leben wollten.

Der tschechoslowakische Nationalausschuß – bis zum 12. November 1918 Träger der Macht in Prag – betrachtete Deutschböhmen als Teil des tschechoslowakischen Nationalstaates. Zu ihm suchte die Landesregierung den Kontakt nur, um Übergangsregelungen zu erreichen, die die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung oder die Sicherstellung der Versorgung in Deutschböhmen betrafen. Verhandlungen mit dem Ziel der Mitarbeit am Aufbau eines gemeinsamen Staates suchte die Landesregierung nicht¹⁶.

¹⁰ Vgl. Anm. 1.

¹¹ Synonym wurde auch der Begriff „Nationalität“ gebraucht.

¹² Das Nationalitätsprinzip war von den Staatsrechtslehrern Pasqual Stanislav Mancini und Johann Kaspar Bluntschli 1851 bzw. 1866 formuliert worden. Es läßt sich auch mit der Formel „Jede Nation ist ein Staat. Jeder Staat eine Nation“ zusammenfassen. Siehe dazu z. B. Decker, Günther: Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Göttingen 1955, 70–72, 84–90 und Heidemeyer, Wolfgang: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Paderborn 1973, 13–15.

¹³ Da es hier um die Darstellung von Problemen der Landesregierung sowie um die Darstellung ihrer Argumente geht, wurden tschechischsprachige Quellen und Literatur nicht berücksichtigt.

¹⁴ Vgl. Birke, Ernst: Der Erste Weltkrieg und die Gründung der Tschechoslowakei 1914–1919. In: Handbuch der Geschichte der böhmischen Länder. Bd. 3. Stuttgart 1968, 239–446, hier 395.

¹⁵ Das waren die Bezirke Brüx, Dux, Oberleutensdorf, Bilin und Teplitz.

¹⁶ Diese Meinung vertritt auch Höbelt, Lothar: Deutschösterreich und die Sudetendeutschen 1918–1919. In: Lemberg, Hans und Heumos, Peter (Hrsg.): Das Jahr 1919 in der

Rudolf Lodgman¹⁷, der Anfang November 1918 Raphael Pacher¹⁸ als Landeshauptmann Deutschböhmens ablöste, äußerte sich über die Politik der Landesregierung am 3. November 1918: „Weil der *narodní výbor*¹⁹ den deutsch-österreichischen Staat nicht anerkennt, weil Deutschböhmen als sein Anteil in Anspruch genommen wird, müssen wir unsererseits auf dem Standpunkte stehen, auch den tschecho-slowakischen Staat nicht anzuerkennen, weil er seine Hand auf Deutschböhmen legen will; wohl aber muß eine Übergangsperiode geschaffen werden, welche die Verhältnisse bis zur endgültigen Regelung bei den Friedensverhandlungen provisorisch ordnet und den Deutschen zu diesen Zeiten Sicherheiten schafft, also einen *modus vivendi* für beide Teile für die Übergangsperiode festlegt.“²⁰

Es ist fraglich, ob die Politik der Landesregierung den Interessen der Bevölkerung Deutschböhmens Ende Oktober und Anfang November 1918 entsprach. Zu dieser Zeit scheinen nationale Ziele für die Bevölkerung nicht im Vordergrund gestanden zu haben. Sie erfuhr ohnehin erst eine Woche nach der Konstituierung Deutschböhmens, daß es Deutschböhmen überhaupt gab. Die Provinz wurde in Wien konstituiert, und die Landesregierung versäumte es, sofort ein Pressebüro in Deutschböhmen einzurichten²¹. Spontane Massenbewegungen und Willenskundgebungen der Bevölkerung für eine staatliche Trennung Deutschböhmens vom tschechischsprachigen Siedlungsgebiet gab es in dieser Zeit nicht. Aus der Bevölkerung wurden vielmehr Forderungen nach einer Verständigung zwischen der Landesregierung und den Tschechen laut. Grund dafür waren auch die Unruhen, zu denen es Anfang November 1918 in den Kohlegebieten kam. Mit dem Zerfall der alten Ordnungsmacht trat die Unzufriedenheit der Arbeiter mit ihren sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen zum Vorschein. Es kam zu Ausschreitungen und Plünderungen. Die Versorgung mit Lebensmitteln wurde knapp. Gebtsattel, der die Ereignisse in Deutschböhmen von Prag aus verfolgte, berichtete am 7. November 1918: „Auch mehren sich die Stimmen aus,

Tschechoslowakei und in Ostmitteleuropa. München 1992, 159–166, hier 162–163. Zwar suchte Seliger den Nationalausschuß am 4. 11. 1918 auf, jedoch nicht mit dem Ziel der Verhandlungen um einen gemeinsamen Staat, sondern mit dem Ziel, bis zur endgültigen Friedensregelung eine provisorische Abgrenzung für die Organisation der Versorgung zwischen Deutschböhmen und den tschechischen Gebieten zu vereinbaren. Die immer wieder zitierte Zurückweisung Seligers durch den tschechischen Finanzministers Rašín „Mit Rebellen verhandeln wir nicht“ zerstörte keine Verständigungsbereitschaft Seligers für einen gemeinsamen Staat, da eine solche nicht bestanden hatte. Vgl. Z e s s n e r, Klaus: Josef Seliger und die nationale Frage in Böhmen. Stuttgart 1976, 121–123. Auch Lodgman hatte, als er den Nationalausschuß am 30. Oktober 1918 aufsuchte, die Frage der staatsrechtlichen Stellung Deutschböhmens von vornherein ausgeklammert. Vgl. M o l i s c h: Die sudetendeutsche Freiheitsbewegung 24–25 und H a a s, Hanns: Die deutschböhmmische Frage 1918–1919 und das österreichisch-tschechoslowakische Verhältnis. *Bohemia* 13 (1972) 336–383, hier 346.

¹⁷ Rudolf Lodgman von Auen (1877–1962) war 1911 als Parteiloser in den österreichischen Reichsrat gewählt worden.

¹⁸ Raphael Pacher (1857–1936) war einer der wichtigsten deutschradikalen Politiker in der Monarchie und hatte sich schon im letzten Kriegsjahr für die Abgrenzung einer Provinz Deutschböhmen eingesetzt.

¹⁹ Nationalausschuß.

²⁰ DBLR, Gedächtnisprotokoll Pachers über Lodgmans Meinung, Aussig, 3. 11. 1918.

²¹ Vgl. H a a s: Die deutschböhmmische Frage 351 f.

Deutschböhmen, die sich für den Ausgleich mit den Tschechen aussprechen. Eine derartige Äußerung wird sogar aus Eger, dem deutschesten aller Bezirke Deutschböhmens, berichtet, allerdings vom tschechischen Pressebureau, das damit vielleicht eine Tendenznachricht zu verbreiten sucht. Auch die Handelskammer in Reichenberg tut den Tschechen einen Schritt entgegen und plädiert für sofortige Verständigungsverhandlungen“.²²

Ähnliches erfuhr die Landesregierung aus einem Schreiben des Bezirksausschusses Tachau vom 8. November 1918: „Leider ist der Großteil der städtischen und ländlichen Bevölkerung vielfach durch unsere heimkehrenden deutschen Soldaten verhetzt, und durch die Sorge um die Ernährung und die Versorgung mit Bedarfsartikeln und durch das bisherige Nichtfunktionieren der deutschen böhmischen Regierung, die herrschenden Unruhen in Deutschböhmen und die so überaus ungünstigen Waffenstillstandsverhandlungen, endlich durch die wirtschaftlichen Beziehungen unseres Gebiets zum tschechischen Böhmen beeinflusst und bei dem vielfachen Mangel eines wirklichen Nationalbewußtseins von der Meinung und dem Glauben erfaßt, daß uns Deutschböhmen zum Schlusse gar nichts anderes übrig bleibe, als der Anschluß an den tschechoslowakischen Staat, ja ein Großteil der Bevölkerung will ihn sogar, und zwar mit der Begründung, daß es der Bevölkerung in demselben besser ergehen werde. [...] Sofortige Verhandlungen mit den Tschechen“ würden, so meldete der Bezirksausschuß, „als höchst dringend und offenbar im Sinne eines Anschlusses gefordert werden, um für die Deutschen in Böhmen zu retten, was zu retten ist“. Der Bezirksausschuß riet der Landesregierung, dieser Stimmung in der deutschböhmischen Bevölkerung, „die teils Mangel an Nationalgefühl, teils Apathie, teils Verzweiflung“ sei, entgegenzuwirken²³. In dem Brief eines Offiziers vom 9. November 1918 wurde die Landesregierung zur Führung der verunsicherten Bevölkerung aufgefordert: Durch eine feste Hand müsse das Vertrauen der Bevölkerung geweckt werden, „das persönliche Wort, die Macht der Rede muß sie packen und aufklären“. Die Bevölkerung ließe sich packen, doch sie fühle sich verlassen, und dieses Gefühl des Verlassenseins müsse ihr genommen werden. Die Unruhen im Kohlerevier seien darauf zurückzuführen, daß „die Leute nicht wissen, daß Deutschböhmen ein Staat ist, dessen Bürger sie sind“²⁴.

Die deutschösterreichische Regierung in Wien erklärte am 12. November 1918 den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland. Damit war auch für Deutschböhmen als Teil Deutschösterreichs der Anschluß erklärtes Ziel. Deutschböhmen grenzte an Deutschland (Bayern, Sachsen und Preußen). In einer Volksabstimmung hätte sich die Bevölkerung somit für einen Anschluß an Deutschland aussprechen können. Wie aus den Berichten Gebtsattels hervorgeht, schwankte die Stimmung in der Bevölkerung stark: Am 13. November 1918 schrieb er: „Von gut unterrichteter Seite wird mir versichert, daß schon jetzt 80 % der Bevölkerung für einen Anschluß an Deutschland gewonnen sind und daß bei einer etwaigen Volksabstimmung sich eine überwälti-

²² Gesandtschaftsberichte 61 f.

²³ DBLR, Bezirksausschuß Tachau an die Landesregierung, Tachau, 8. 11. 1918.

²⁴ DBLR, Dr. Paul Hermann and Lodgman, Rumburg, 9. 11. 1918.

gende Mehrheit in diesem Sinne aussprechen würde.“²⁵ Am 28. November 1918 schrieb er hingegen, daß: „die Bourgeoisie (insbesondere die führenden Industriellen) für ein Verbleiben im tschechoslowakischen Staate stimmt, während die breiten Volkskreise und zwar sowohl die Bauernschaft als auch die Arbeiterschaft eher zu einem Anschluß an das Reich neigen. Immerhin wird fast von allen Seiten als zweifelhaft dargestellt, ob ein Plebiszit zu unseren Gunsten ausfallen würde und im Zusammenhang damit auf die systematische und energische Agitation der Tschechen für ihre Politik (auch durch Wanderredner) hingewiesen“²⁶.

Im November 1918 war die Haltung der Bevölkerung Deutschböhmens offenbar noch unklar und die Meinungen, abgesehen von derjenigen der Industrie, waren noch nicht gefestigt. Die Industriellen waren für die Zugehörigkeit Deutschböhmens zum tschechoslowakischem Staat, da sie – wie die Landesregierung in einem Bericht festhielt – ihren böhmischen Markt nicht aufgeben und sich nicht dem Wettbewerb der überlegenen reichsdeutschen Industrie aussetzen wollten²⁷. Daß die Industriellen „zum größten Teil auf einen Ausgleich mit den Tschechen, und zwar so schnell wie möglich, sehr großen Wert“ legten, wurde der Landesregierung in dem Schreiben eines Unternehmers vom 4. Dezember 1918 dargelegt: Die Industriellen verträten die Meinung, daß „derselbe unbedingt besser wäre als der Anschluß an das Deutsche Reich“. Komme der Ausgleich „nicht von oben“, d. h. durch eine Einigung zwischen der Landesregierung und der tschechoslowakischen Regierung, so sei zu befürchten, daß „von unten herauf, also von den Arbeitern u. s. w. Selbsthilfe geübt werden würde“. Auf einer großen Versammlung ostböhmischer Industrieller in Trautenau sei geäußert worden, daß, wenn die Industriellen mehr Einfluß auf die Ausgleichsverhandlungen mit den Tschechen üben könnten, diese einen günstigeren Verlauf nehmen würden, als wenn nur die Reinformalpolitiker diese Angelegenheiten in der Hand haben! Denn die Industrie, die ja so lange Hand in Hand miteinander gearbeitet hat, hat gegenwärtig das größte Interesse daran, sich lebensfähig zu erhalten. Wir Weber und Spinner aus der Deutsch-Trautenauer Gegend sehen es ja am besten, daß es eine solche Möglichkeit gibt, indem wir heute noch mit den tschechischen Webern und Spinnern aus Eipel und zum Teil auch aus Hronow, wenn wir montags in Trautenau zum Garnmarkt zusammen kommen, unsere gegenseitigen Interessen und Angelegenheiten betreffs Arbeitszeit, Löhne, Garne etc. stets zur vollsten Zufriedenheit geregelt haben, genauso wie in Friedenszeiten“²⁸.

²⁵ Gesandtschaftsberichte 81.

²⁶ Gesandtschaftsberichte 104.

²⁷ Vgl. DBLR, Robert Seifert (Sekretär der Presseabteilung der Landesregierung), Die deutsch-böhmische Industrie und die Ausscheidung Deutschböhmens aus dem tschechoslowakischen Staat, vermutlich Anfang 1919 (zweiseitiger Aufsatz).

²⁸ DBLR, Julius Bendix & Söhne an die Handels- und Gewerbekammer in Reichenberg (in der Handels- und Gewerbekammer hatte die Landesregierung ihren Regierungssitz), Qualisch, 4. 12. 1918. Bedenken, ob das Ergebnis einer Volksabstimmung in den deutschsprachigen Gebieten der böhmischen Länder eine Ablehnung der Zugehörigkeit zum tschechoslowakischen Staat sein würde, äußerte auch der deutschösterreichische Staatskanzler Renner am 12. Dezember 1918 in einem Brief an Otto Bauer, den Staatssekretär des Äußeren. Renner befürchtete, daß die „Politik der nationalen Separation“ an dem Votum der Deutschen in den böhmischen Ländern für einen Anschluß an den tschechoslowakischen Staat scheitern

Die Landesregierung war durch diese Schreiben alarmiert. Kam es zu der geforderten Volksabstimmung und wollte die Landesregierung den Anschluß Deutschböhmens an Deutschland durchsetzen, mußte sie versuchen, die Bevölkerung Deutschböhmens für ihre nationalen Ziele zu begeistern. Erschwert wurde ihr dies seit Mitte November: Wenige Zeit nach ihrer Konstituierung am 14. November 1918 hatte die tschechoslowakische Regierung begonnen, in vielen Städten Deutschböhmens Militäreinheiten zu stationieren. Dies ermöglichte ihr, direkt auf die Bevölkerung einzuwirken²⁹. Nach Gebssattels Berichterstattung versuchte die tschechoslowakische Regierung die Bevölkerung durch Verteilen von Flugblättern in deutscher Sprache, in denen sie „Versprechungen“ für den Fall eines Anschlusses an den tschechoslowakischen Staat machte und auf die Nachteile der Vereinigung Deutschböhmens mit Deutschland hinwies, für den tschechoslowakischen Staat zu gewinnen³⁰. Diese Propaganda war offenbar nicht ohne Erfolg: Der Nationalausschuß der Stadt Wegstädtl warnte die Landesregierung am 22. November 1918, daß sich der Einfluß der tschechischen Pressepropaganda an der Sprachgrenze bereits bemerkbar mache³¹.

Dem Vordringen der tschechischen Soldaten setzte die Bevölkerung Deutschböhmens außer in Brüx³² keinen Widerstand entgegen. Es fehlte, so Gebssattel am 30. November 1918, „auf deutscher Seite entschieden an Energie, Organisationstalent und Widerstandskraft. Kenner der Verhältnisse versichern, daß bei den Deutschen nicht die geringste Lust zu ernstem Widerstand besteht. Namentlich vor einem Bürgerkrieg schreckt man zurück. [...] Es herrsche in allen deutschböhmischen Kreisen eine derartige Kriegsmüdigkeit und Erschöpfung, daß die Aufrufe zur Bildung von Bürgerwehren nur geringen Erfolg hätten und daß die zurückkehrenden regulären Truppen höchst unzuverlässig seien. So seien sogar die Mannschaften des im Kriege besonders bewährten Egerländer Inf.-Regts. Nr. 73 nach ihrer Rückkehr in Eger nicht mehr zu halten gewesen, sondern hätten zum größten Teil eigenmächtig die Garnison verlassen.“³³

Vergeblich versuchte die Landesregierung, die deutschsprachigen Soldaten des k.k. Militärkommandos in Leitmeritz, das sich seit dem 31. Oktober 1918 in Auflösung befand, zurückzurufen. Nach einer nationalen Trennung – die unter den Offizieren

könnte. Vgl. Burian, Peter: Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen 1918/1919. In: Kluxen, Kurt und Mommsen, Wolfgang J. (Hrsg.): *Politische Ideologien und nationalstaatliche Ordnung*. München-Wien 1968, 359–376, hier 367f.

²⁹ Gebssattel urteilte am 19. Dezember 1918: „Das Hauptmoment, das die Tschechen veranlaßt hat, die Besetzung Deutschböhmens jetzt durchzuführen, ist außer dringenden wirtschaftlichen Momenten anscheinend die Erwägung gewesen, daß für den Fall eines Plebiszits die Besetzung des Landes es ihnen ermöglichen wird, einen entsprechenden Einfluß auf die Abstimmung auszuüben“. *Gesandtschaftsberichte* 122.

³⁰ Über diese Agitation siehe z. B. Gebssattels Bericht vom 4. 12. 1918, *Gesandtschaftsberichte* 110.

³¹ DBLR, Nationalausschuß Wegstädtl an die Landesregierung, Wegstädtl, 22. 11. 1918.

³² Vgl. Gebssattels Bericht vom 30. November 1918, *Gesandtschaftsberichte* 106–108, besonders 107: Es kam zu Kämpfen zwischen der Volkswehr und tschechischen Soldaten „in deren Verlauf auf deutscher Seite 3, bei den Tschechen noch mehr Tote zu verzeichnen waren.“

³³ *Gesandtschaftsbericht* 107f.

teils zu Protesten führte³⁴ – waren die tschechischsprachigen Soldaten entlassen worden, woraufhin auch die deutschsprachigen Soldaten nicht mehr zu halten gewesen waren. Diese Aufgabe wurde dem Deutschnationalen Hans Hartl übertragen, der Mitglied der Landesregierung war. Hartl rechnete damit – so sein im Frühjahr 1919 verfaßter Bericht – daß die aus dem Krieg heimgekehrten Soldaten „einen solchen Aufruf einfach verachten würden“³⁵.

Tatsächlich meldeten sich weniger als 10 % der Soldaten zurück³⁶. Auf freiwilliger Basis bildeten sich jedoch in vielen Städten Deutschböhmens Volkswehren, mit dem Ziel, weitere Plünderungen zu verhindern. Sie waren aber nur mit wenig Waffen ausgestattet und an einen erfolgreichen Widerstand gegen die Tschechen, die weitaus besser organisiert waren, war mit Hilfe der Volkswehr nicht zu denken³⁷. Zudem rief die deutschösterreichische Regierung in Wien die Volkswehr zu Gewaltverzicht auf³⁸.

Bürgerliche und Sozialdemokraten in der Landesregierung

Sitz der Landesregierung war Reichenberg. Grundlage für die Bildung der Landesregierung waren langwierige Koalitionsverhandlungen zwischen dem Deutschradikalen Raphael Pacher und dem Sozialdemokraten Josef Seliger gewesen³⁹. Sie vertraten die beiden stärksten deutschsprachigen Parteien in Böhmen zu diesem Zeitpunkt. Die Sozialdemokraten hatten verlangt, daß nur nach allgemeinem und gleichem Wahlrecht gewählte Abgeordnete in die Landesregierung wie die Landesversammlung für Deutschböhmen berufen wurden⁴⁰. Und sie forderten, daß die Zahl der Mandate der Sozialdemokraten nicht dem Stimmenverhältnis der letzten Reichsratswahlen von 1911 entsprechen, sondern gemäß ihrer tatsächlichen Stärke zu Kriegsende erhöht werden sollte. Der Landesregierung gehörten nach diesen Vereinbarungen dann insgesamt 12 Mitglieder an, drei Sozialdemokraten, drei Deutschnationale, zwei Agrarier, ein Abgeordneter der Arbeiterpartei und drei Parteilose. Seliger war Landeshauptmann-Stellvertreter und der Parteilose Lodgman seit Anfang November 1918 Landeshauptmann⁴¹.

³⁴ Siehe DBLR, Dr. Paul Rumburg an Lodgman, Rumburg, 9. 11. 1918: „Bei der Mittagstafel trennte ich sofort eigenmächtig die deutschen und die tschechischen Offiziere. Schwere Proteste, daß es Provokation sei.“

³⁵ DBLR, Hans Hartl an die Landesregierung in Wien, Dresden, 28. 4. 1919.

³⁶ Vgl. Molisch: Die sudetendeutsche Freiheitsbewegung 85 f.

³⁷ Vgl. Höbelt: Deutschösterreich und die Sudetendeutschen 161 f. und Molisch: Die sudetendeutsche Freiheitsbewegung 86–95. Molisch bezeichnete die Volkswehr als „Arbeits- und Obdachlosenversorgung“, weil sie zum großen Teil nicht aus Soldaten, sondern aus Arbeitslosen bestand (S. 89).

³⁸ Zur Haltung der Wiener Regierung siehe Molisch: 78–83 und Haas: Die deutschböhmisches Frage, besonders 360–365.

³⁹ Josef Seliger (1870–1920) vertrat eine reformistische Zielsetzung in der sozialdemokratischen Politik.

⁴⁰ Der böhmische Landtag war bis zu seiner Sistierung 1913 noch nach dem Kurienwahlrecht gewählt worden, und die Sozialdemokraten waren nicht darin vertreten gewesen.

⁴¹ Vgl. Bachmann, Harald: Die Landesregierung für Deutschböhmen und das verweigerte Selbstbestimmungsrecht 1918/1919. Der Donauraum. 30/1 (1989/90) 13–32, hier 18 und Molisch: Die sudetendeutsche Freiheitsbewegung 22. Auf die endgültige Mandatsverteilung in der Landesversammlung für Deutschböhmen einigte man sich erst auf der 2. Sitzung

Am 14. Dezember 1918, einen Tag bevor auch in Reichenberg tschechoslowakische Militäreinheiten stationiert wurden, begab sich die Landesregierung nach Wien. Eigentlich hatte sie sich in Dresden einrichten wollen. Die sächsische Regierung hatte dem deutschösterreichischen Gesandten in Dresden aber schon Anfang Dezember 1918 mitgeteilt, daß Sachsen sich nicht in die innere Entwicklung der böhmischen Länder einmischen werde und dann auch die Agitation der Landesregierung für Deutschböhmen von Dresden aus untersagt. Das entsprach der allgemeinen Zurückhaltung auch der Reichsregierung in der deutschböhmischen Frage⁴². In Wien bekam die Landesregierung im österreichischen Abgeordnetenhaus einige Räume zur Verfügung gestellt⁴³. Die sich für Deutschböhmen einsetzenden Vertreter der bürgerlichen Parteien hatten sich jedoch bereits vorher schon mehr in Wien als in Reichenberg aufgehalten, was ihnen seitens der Bevölkerung Deutschböhmens auch zum Vorwurf gemacht wurde⁴⁴.

Die Landesregierung beeilte sich, sofort nach ihrer Ankunft in Wien eine Propagandaorganisation aufzubauen, mit der sie auf die Haltung der Bevölkerung Deutschböhmens einwirken konnte. Von der deutschösterreichischen Regierung war in der Staatskanzlei bereits ein „Werbedienst für die bedrohten deutschen Gebiete“ eingerichtet worden, der „Flugblätter für Deutschösterreichs Recht“⁴⁵ herausgab. Am Aufbau einer „Werbeabteilung“ für die „deutschböhmische Freiheitsbewegung“ war ein Deutschnationaler namens Lauer mann seit dem 16. Dezember 1918 maßgeblich beteiligt. Er habe, schrieb er im Juni 1919 rückblickend, der Landesregierung eine „durchgreifende Organisation des Werbedienstes“ vorgeschlagen, mit sieben sogenannten Geschäftsstellen, sechs davon in Deutschböhmen, eine im Deutschen Reich. Diese Organisation sollte es ermöglichen, „auf den Geist der Bevölkerung in irredentistischem Sinne“ einzuwirken⁴⁶.

Die Einrichtung von Geschäftsstellen in Eger, Komotau, Karlsbad, Reichenberg, Warnsdorf und Teplitz und in Dresden wurde dann in einer Sitzung des Landesrates am 30. Dezember 1918 beschlossen: „Die Geschäftsstellen“, hieß es im Protokoll dieser Sitzung, „dienen als Propagandastellen für die Selbstbestimmung Deutschböhmens: Die Arbeit ist vor allem durch eine rege Werbetätigkeit durch kleinere Versammlungen sowie durch die Presse zu verrichten“⁴⁷. Die Bevölkerung Deutsch-

der provisorischen Landesversammlung am 27. November 1918. Von insgesamt 84 Mandaten entfielen 33 auf die Sozialdemokraten, 45 auf den Bürgerblock, 4 auf die Christlichsozialen und 2 auf die Deutsche Arbeiterpartei. Vgl. Bachmann: Die Landesregierung 21.

⁴² Siehe dazu Burian: Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen 1918–1919.

⁴³ Vgl. Bachmann: Die Landesregierung 23.

⁴⁴ Vgl. Molisch: Die sudetendeutsche Freiheitsbewegung 150f.

⁴⁵ Insgesamt wurden von U. R. v. Wottava in Wien 1919 neununddreißig dieser Flugblätter herausgegeben.

⁴⁶ DBLR, Abt. III, Lauer mann an das Präsidium der Landesregierung für Deutschböhmen in Wien, Wien, 11. 6. 1919 (im Folgenden abgekürzt: DBLR, Bericht Lauer mann), 3. Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges hatten die österreichischen Regierungsbehörden keine Propagandaabteilung, weshalb Lauer mann in seinem Bericht feststellte, daß „wir einen uns ganz neuen Boden betraten, auf dem wir uns erst zurecht finden mußten“. Bericht Lauer mann 3.

⁴⁷ DBLR, Protokoll: „Sitzung des Landrates mit dem Einrichten der Geschäftsstellen vom 30. Dezember 1918“, o. O.

böhmen solle bei jeder Gelegenheit darauf hingewiesen werden, „daß das Schicksal Deutschböhmen erst auf der Friedenskonferenz zur Entscheidung gelangen wird; um die auf diese Ziele⁴⁸ gerichteten Bestrebungen wirklich erfolgreich durchzuführen, ist es aber notwendig, daß die Bevölkerung selbst die Regelung dieser Frage im Sinne der Selbständigkeit Deutschböhmen und seiner völligen Unabhängigkeit vom tschecho-slowakischen Staate verlangt. Es ist daher Sache der Geschäftsstelle dafür zu sorgen, daß dieser Wunsch der Bevölkerung bei jeder sich bietenden Gelegenheit nachdrücklich zum Ausdrucke gebracht werde.“⁴⁹

An der Spitze der Geschäftsstellen sollte ein Ausschuß stehen, in dem alle in Deutschböhmen vorhandenen politischen Parteien vertreten sein sollten. Er sollte einheitlich vorgehen, d.h. gegensätzliche Programmpunkte der Parteien sollten „allesamt hinter dem einen Gesichtspunkte, nämlich dem der Erringung der Selbstbestimmung“ zurücktreten⁵⁰. Der Hinweis auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit aller politischen Parteien in den Geschäftsstellen wurde auch in anderen Rundschreiben an die Geschäftsstellen wiederholt⁵¹. Der Grund dafür war, daß sich zum einen Spannungen zwischen den Bürgerlichen und den Sozialdemokraten bemerkbar machten, zum anderen die Bürgerlichen untereinander zerstritten waren.

Zu Auseinandersetzungen zwischen den Sozialdemokraten und den Bürgerlichen kam es Ende Dezember 1918, als es darum ging, Abgeordnete für Deutschböhmen nach Wien, in die neuzubildende deutschösterreichische Nationalversammlung zu entsenden⁵². Diese sollte die bisher tagende provisorische Nationalversammlung ablösen. Es stellte sich nun die Frage, ob die Landesregierung in Deutschböhmen Wahlen durchführen oder ob sie die Abgeordneten ernennen sollte. Die Bürgerlichen befürworteten die Ernennung der Abgeordneten. Dagegen wandte sich Seliger in der Sitzung des Landrates für Deutschböhmen am 29. Dezember 1918. Er befürwortete Wahlen, weil er glaubte, damit die Bevölkerung für den Kampf um Deutschböhmen Selbstbestimmungsrecht aktivieren zu können. „Die Auffassung muß da sein und aufrecht erhalten werden,“ so Seliger in der Sitzung, „daß wir unser Selbstbestimmungsrecht behaupten wollen. Das beste Mittel ist, die Bevölkerung es selbst aussprechen zu lassen. [...] Wir müssen Situationen herbeiführen, wo jeder einzelne das Verhalten der Tschechen als Vergewaltigung seiner Persönlichkeit empfindet. Wir müssen also hinausgehen und für das Volk sprechen.“⁵³ Er betonte: „Ich lege Wert darauf, daß uns Deutschböhmen innerlich nicht verloren geht. Die Leute glauben nicht mehr

⁴⁸ Diese bestanden, hieß es weiter oben, in der Erlangung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit Deutschböhmen.

⁴⁹ DBLR, Der Landeshauptmann, Rundschreiben an alle deutschböhmisches Geschäftsstellen, 15. 1. 1918, o. O. 5.

⁵⁰ DBLR, Erlaß Lodgmans an alle deutschböhmisches Geschäftsstellen, Wien, 4. 4. 1919. In diesem Erlaß rief Lodgman die Zielvorstellungen der Landesregierung, die bei der Errichtung der Geschäftsstellen maßgeblich waren, in Erinnerung.

⁵¹ Siehe z. B. auch DBLR, Der Landeshauptmann, Rundschreiben an alle deutschböhmisches Geschäftsstellen, 15. 1. 1919, o. O. 1f.

⁵² Diese sollte am 16. Februar 1919 einberufen werden.

⁵³ DBLR, Protokoll der Sitzung des deutschböhmisches Landesrates, 29. 12. 1918, Wien, 10f.

an die Selbstbestimmung, wir sind nur papierene Abgeordnete.“⁵⁴ Seliger hielt an diesem Standpunkt fest, obwohl die Durchführung von Wahlen in Deutschböhmen sich als unmöglich erwies. Die tschechoslowakische Regierung sah Wahlen für das deutschösterreichische Parlament als Hochverrat an, da Deutschböhmen ihrer Auffassung nach zum tschechoslowakischen Staat gehörte.

Die Sozialdemokraten, besonders Seliger, suchten im Gegensatz zu den Bürgerlichen die Nähe zu der Bevölkerung Deutschböhmens. Seit November 1918 hatte Seliger große Massenkundgebungen veranstaltet, und er hielt sich auch nach der Besetzung trotz der Gefahr, verhaftet zu werden, oft in Deutschböhmen auf. Die Bürgerlichen blieben weiterhin bevorzugt in Wien, wo sie zum Teil ihren ständigen Wohnsitz hatten⁵⁵.

Argumente im Kampf um Deutschböhmens Selbstbestimmungsrecht

In seiner im März 1919 erschienenen Schrift: „Warum kämpfen wir um das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes?“ rechtfertigte Seliger die Zusammenarbeit mit den Bürgerlichen, die die Sozialdemokraten „bisher auf das Heftigste bekämpften“⁵⁶.

Eine Sozialisierung der Gesellschaft war für Seliger nur innerhalb von demokratischen Strukturen möglich. In Deutschland und Deutschösterreich habe die Revolution alle politischen Vorrechte beseitigt und in beiden Ländern seien Nationalversammlungen auf Grund des Wahlrechts aller Frauen und Männer gewählt worden. „Auf diesem Boden“, so Seliger, „führen die Arbeiter den Kampf um die Sozialisierung, um den schrittweisen Aufbau der sozialistischen Ordnung. [...] Nur die Arbeiterklasse Deutschböhmens ist im Augenblick davon ausgeschlossen, für ihren Teil an die Vollbringung dieser großen Aufgabe zu schreiten.“⁵⁷ Die tschechische Nation sei durch den Zerfall der Habsburgermonarchie von den Fesseln des Nationalitätenstaates befreit worden, sei aber ihrerseits nun dabei, einen neuen Nationalitätenstaat aufzurichten. Sie wolle andere Völker mit Gewalt diesem Staat unterwerfen. „In diesem Teil der Habsburgermonarchie“, fuhr Seliger fort, „tobt also der alte Kampf der Nationen gegeneinander weiter, hier erst muß der nationale Umsturz vollendet werden. Die Befreiung der Nationen von der drohenden neuen Fremdherrschaft ist hier die herrschende Frage der unmittelbaren Gegenwart, und diese muß zunächst entschieden werden, bevor das Proletariat dazu schreiten kann, die Demokratie zu erkämpfen und die Sozialisierung durchzusetzen.“⁵⁸

Grundsätzlich hielt Seliger es jedoch auch für möglich, daß das Proletariat seinen Kampf um die Sozialisierung in einem Nationalitätenstaat führen könnte. „Er wird schwerer sein als in einem einheitlichen nationalen Staat. Denn in einem Nationalitätenstaat gibt es Schwierigkeiten zwischen den Arbeiterklassen der verschiedenen Nationen, die erst überwunden werden müssen, die ihre Ursache in der Verschieden-

⁵⁴ DBLR, ebenda 15.

⁵⁵ Vgl. Molisch: Die sudetendeutsche Freiheitsbewegung 142 und 150f.

⁵⁶ Seliger: Warum kämpfen wir 4.

⁵⁷ Ebenda 8.

⁵⁸ Ebenda 8f.

heit der Sprache, die die Verständigung erschwert, in der Verschiedenheit der durch die besondere Geschichte jeder Nation begründeten geistigen Orientierung, in der Verschiedenheit des Temperaments ec. haben. Aber es sind nur Dinge, die den gemeinsamen Kampf erschweren, die aber zu überwinden sind. Sie schließen den gemeinsamen erfolgreichen Kampf nicht aus.“⁵⁹ Die Bedingung dafür sei aber, „daß dieser Staat auf dem Willen der Nationen beruht, die ihn bewohnen, daß sie ihn begründen aus dem Rechte ihrer freien Selbstbestimmung, daß er in diesem Sinne ein Rechtsstaat und ein Gewaltstaat sei“⁶⁰. Da dies im tschechoslowakischen Staat nicht der Fall sei, gebe es für das deutschböhmisches Volk nur eine Rettung, um die Durchsetzung der Sozialisierung zu erreichen. Diese bestehe darin, „daß unser Volk der nationalen Fremdherrschaft nicht unterworfen wird, daß auch für unser Volk das Recht der freien Selbstbestimmung gilt. Daß unser Volk nach freiem Willen sein staatliches Schicksal bestimmen, in freier Willensbestimmung sich dem deutschen Volke im Reiche anschließen und mit ihm vereinigen kann in der freien, demokratischen und sozialen deutschen Republik. Für die Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschböhmens ist der Kampf um das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes in diesem Sinne der Kampf zur Demokratie und zum Sozialismus.“⁶¹

Die Sozialdemokraten setzten sich gemeinsam mit den Bürgerlichen für ein nationales Ziel ein und versprachen sich davon in erster Linie Fortschritte in der von ihnen angestrebten Sozialisierung. Nach den revolutionären Bewegungen im Deutschen Reich und der Ausrufung der Deutschen Republik am 9. November 1918 durch den Sozialisten Philipp Scheidemann war die Begeisterung für einen Anschluß Deutschösterreichs an das „sozialistische Deutschland“ groß⁶². Der Anschluß an Deutschland entsprach zudem dem marxistischen Konzept, daß in einem wirtschaftlich starken Staat schnellere Fortschritte in der Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft zu erwarten waren⁶³. Außerdem hatte Seliger schon zu Beginn seines Engagements für Deutschböhmens Selbstbestimmungsrecht bezweifelt, daß Deutschböhmen in der Lage sei, ein selbständiges Staatswesen zu bilden. „Denn von der nationalen Selbstbestimmung allein kann kein Mensch und kein Staat leben“ schrieb Seliger in seinem im November 1918 in der sozialdemokratischen Monatszeitschrift *Der Kampf* erschienenen Artikel „Das selbständige Deutschböhmen“. Deshalb sei in Betracht zu ziehen, daß Deutschböhmen den Anschluß an ein großes Wirtschaftsgebiet suchen müsse, das nur Deutschland sein könne⁶⁴.

Von der Seite der Bürgerlichen wurden zum Teil abstrakte Vorstellungen über das Wesen der deutschböhmisches Bevölkerung vertreten. So zum Beispiel in einem Aufsatz von Friedrich Wieser⁶⁵. Wieser war Präsident des am 19. Januar 1919 gegründeten

⁵⁹ Ebenda 9.

⁶⁰ Ebenda 10.

⁶¹ Ebenda 13.

⁶² Vgl. Zessner: Josef Seliger 119f.

⁶³ Vgl. Wingfield, Nancy M.: *Minority Politics in a Multinational State. The German Social Democrats in Czechoslovakia 1918–1938*. New York 1989, 11.

⁶⁴ Der Artikel Seligers in Zessner: Josef Seliger, Quellenanhang 219–221, hier 221.

⁶⁵ Wieser (1851–1926) war Professor der Volkswirtschaft an der Prager und Wiener Universität und seit 1917 letzter Handelsminister Österreichs bis zum Zusammenbruch der Monarchie

„Hilfsverein für Deutschböhmen und Sudetenland“⁶⁶. Dieser unterstand im neuen Organisationsentwurf für die Tätigkeit der Landesregierung in Wien der Propaganda-stelle der Landesregierung⁶⁷. Wiesers Aufsatz „Deutschböhmens Selbstbestimmungs-recht“ erschien in einem von Lodgman herausgegebenen Propagandabüchlein⁶⁸.

Nach Wiesers Auffassung war die nationale Selbstbestimmung ein unanfechtbares Naturrecht. Sie müsse jedoch ihre Grenzen haben und es sei zu prüfen, ob das Recht darauf den Deutschen in Böhmen zustehe. Sie könne nämlich „nicht jedem kleinsten oder formlosesten und nicht jedem ganz unterentwickelten nationalen Gebilde zuerkannt werden, sondern nur einem solchen, das so groß, in seiner Form so geschlossen und in seiner geschichtlichen Entwicklung so weit gediehen ist, daß es sein eigenes Leben als Volk leben und sich entschließen kann, seine eigenen Einrichtungen als Volk zu haben. Es muß ein staatliches Gemeinwesen bilden können, es muß ein Staatsvolk sein“.⁶⁹

Nach Wiesers Meinung siedelten 2,5 Millionen Deutsche in Deutschböhmen und dies seien „reichlich genug“, um einen Staat zu bilden. „Auch bei der immer wieder vorgebrachten Einwendung brauchen wir uns nicht lange aufzuhalten, daß die Ziffern, die unsere Volkszählungen über die Statistik der Nationalitäten bringen, nicht beweiskräftig seien, weil sie nicht die Nationalität, sondern die Umgangssprache zum Gegenstande hätten. Das nationale Ringen in Böhmen hat es mit sich gebracht, daß das Bekenntnis der Umgangssprache längst zum nationalen Bekenntnis geworden ist.“⁷⁰

Von diesen Deutschen siedle der größte Teil geschlossen zusammen, „nur ein geringer Rest von 170 000 Menschen wohnt in Sprachinseln bzw. als nationale Minderheiten im tschechischen Volksgebiete; ebenso sind umgekehrt im deutschen Volksgebiete nur geringe tschechische Inseln, bzw. Minderheiten eingesprengt. Da überdies die Grenze zwischen den beiden Volksgebieten national sehr scharf gezogen ist, so löst sich der deutsche Volkskörper bis auf geringfügige Reste klar von dem tschechischen ab.“⁷¹

Die Tschechen wendeten ein, daß das deutsche Gebiet ein „zwei langgestreckten Fangarmen gleichendes Grenzgebiet“ darstelle, das „als Staatsgebiet ein formloses Unding“ sei⁷². „Die beiden langgestreckten Fangarme, von denen sie sprechen“, so Wieser, „ziehen sich der Grenze entlang, an der sich das Land mit Deutschösterreich

gewesen. Er übernahm im April 1919 den Vorsitz der von Lauer mann in Wien gebildeten „Aus kunftsstelle für Industrie, Gewerbe und Handel in Böhmen und Sudetenland“.

⁶⁶ Ihm gehörten Teile der Wiener Bevölkerung an, die aus den böhmischen Ländern stammten. Die Gründung dieses Vereins bedeutete, so H a s : Die deutschböhmische Frage 379: „einen wichtigen Schritt für die Entfaltung der Irredentabewegung in Oesterreich, die bis zum Zweiten Weltkrieg unter geistiger Leitung dieses Vereins blieb“.

⁶⁷ DBLR, Vorläufige Geschäftseinteilung und Geschäftsordnung für die Landesregierung für Deutschböhmen, Wien 1. 2. 1919.

⁶⁸ In diesem Büchlein erschienen verschiedenen Aufsätze von Professoren der Wiener und der Prager Universität, vgl. Anm. 7.

⁶⁹ Wieser : Deutschböhmens Selbstbestimmungsrecht 233.

⁷⁰ Ebenda 233f.

⁷¹ Ebenda 235f.

⁷² Ebenda 236.

und Deutschland berührt, an dieser ganzen ausgedehnten Grenze schließt sich der deutsche Volkskörper Böhmens voll und ohne irgendwelche störenden Zwischengebilde dem großen Körper des deutschen Volkes außerhalb Böhmens an, und wenn daher den Deutschen Böhmens ihre Selbstbestimmung unverkümmert bleibt und es ihnen freigegeben wird, sich an Deutschösterreich und mit diesem an Deutschland anzuschließen, so sind sie dem großen deutschen Volksgebiete in engster Geschlossenheit verbunden, ohne daß ein noch so kritisches Auge eine Trennung oder auch nur eine Nahtstelle zu entdecken vermöchte. Selbst wenn wir davon ausgehen mußten, daß den Deutschen Böhmens der Anschluß an das Deutsche Reich verwehrt bleiben sollte, oder wenn wir annehmen, daß sie sich nicht für ihn entschließen sollten, so trifft die Behauptung nicht zu, daß ihr Volksgebiet als Staatsgefüge ein formloses Unding sei. Der südliche, an Deutschösterreich angrenzende Fangarm – um diese Bezeichnung beizubehalten – wäre durch seine Verbindung mit Deutschösterreich als Staatsgebilde ein durchaus wohlgeformtes Ding, an dem nichts auszusetzen bliebe, und der nördliche Fangarm mit seinen zwei Millionen geschlossen wohnenden Menschen ist auch für sich allein so geformt, daß seine Eignung zum Staatskörper nicht bestritten werden kann.“⁷³

Neben der Größe der deutschsprachigen Bevölkerung, der ethnischen Homogenität, der Form und der geographischen Lage ihres Siedlungsgebietes war für Wieser ihre „innere Gemeinschaft“ eine wichtige Bedingung für den Anspruch auf Selbstbestimmung. „Die Deutschen Böhmens sind durch ihre innere Gemeinschaft ein Volk und können daher einen Staat bilden,“ urteilte Wieser, „Deutsche und Tschechen zusammen sind aber nicht ein Volk, sondern zwei Völker und können niemals einen gesunden Staat bilden“.⁷⁴ Bei Deutschen und Tschechen sei in den langen Jahren des Kampfes nationales Selbstgefühl und nationale Organisation auf beiden Seiten zu gleicher Kraft gediehen. Tschechen und Deutsche hätten sich schließlich vollkommen voneinander abgesondert, so daß am Ende „zwei nationale Ströme des Lebens getrennt durch das Land“ gingen.⁷⁵ „In immer gesteigertem Maße hat dafür das deutschböhmische Volk durch seine besten und rührigsten Elemente sich mit Wien und dem übrigen Deutschösterreich verschlungen. [...] Es wäre ein Schnitt ins Lebendige, wenn man versuchen wollte, das deutsche Volkstum in Böhmen von den Genossen abzutrennen, die es nach Wien und den Alpenländern entsendet hat. Durch sie sind Deutschböhmen und Deutschösterreich so eng zu einem Staatsvolk verbunden, wie die Wurzeln eines Baumes sich in Stamm und Krone verbinden.“⁷⁶

Wieser sprach von den Deutschen in Böhmen als einem organischen Ganzen. Die Zuhörigkeit Deutschböhmens zum Deutschen Reich und zu Deutschösterreich sah er als etwas Natürliches und Gewachsenes an. Der Gedanke einer Volksabstimmung spielte bei ihm eine untergeordnete Rolle.

Wiesers nationalistisches Gedankengut geriet in Umlauf, wie auch von der Propagandastelle der Landesregierung verbreitetes Material, so z.B. die „Flugblätter

⁷³ Ebenda 237f.

⁷⁴ Ebenda 239.

⁷⁵ Ebenda 258.

⁷⁶ Ebenda 258f.

für Deutschösterreichs Recht“⁷⁷ und die Broschüre „Deutschböhmens Selbstbestimmungsrecht“. Letztere wurde von Lauer mann im Namen der Landesregierung verfaßt⁷⁸.

Ausführlich eingegangen wird in dieser Broschüre auf die tschechischsprachige Bevölkerung in Deutschböhmen. Dem Nationalitätsprinzip entsprach die Vorstellung, daß in einem Staat nur eine Nation leben sollte. Auf dieses Prinzip berief sich die Landesregierung und sie forderte das Selbstbestimmungsrecht für Deutschböhmen, damit Deutschböhmen Teil eines Staates, nämlich Deutschlands, würde, in dem nur eine Nation, nämlich die deutsche, lebte. Wie rechtfertigte sie aber die Einbeziehung des in Deutschböhmen liegenden tschechischen Sprachgebietes? Die Einbeziehung der weit über 100 000 Tschechen in einen deutschen Staat widersprach ja dem Prinzip, daß in einem Staat nur eine Nation leben sollte. In der Broschüre hieß es, daß von den 122 000 Tschechen, die nach den Zählungen der Landesregierung in Deutschböhmen lebten, 59 000 bzw. 48,2 Prozent in den fünf Gerichtsbezirken des nordwestböhmi schen Kohlerevi ers siedelten. „Scheiden wir diese Gerichtsbezirke aus“, hieß es wei ter, „so erübrigen sich 1 661 000 Deutsche und 53 000 Tschechen. Auf je 100 Deutsche entfallen dann 3,1 Tschechen, also so wenig, daß der deutsche Charakter des übrigen Gebietes nicht in Abrede gestellt werden kann.“⁷⁹ Anhand der Ergebnisse der letzten Volkszählungen lasse sich zeigen, daß „die Tschechen erst in den letzten Jahrzehnten massenhaft in den Gerichtsbezirken des Kohlerevi ers aufgetreten“ seien, dies auf grund des dringenden Bedarfs an Arbeitern im Kohlebergbau⁸⁰. Die hohe Anzahl der Tschechen im Kohlerevier lasse aber keine Rückschlüsse auf den „nationalen Charak ter der bodenständigen Bevölkerung“ zu. Die Bergarbeiter hätten aufgrund der Lage der Schächte „nur geringen Anteil am Leben der bodenständigen Bevölkerung“. Die Bergarbeiterschaft führe „ein soziales und nationales Sonderdasein“, das, gleich wie die Lebensdauer der Schächte, zeitlich begrenzt sei. „Sind die Schächte abgebaut, so ver läuft sich die Menschenanhäufung, und die Bevölkerung geht zurück auf den Stand, der durch die landwirtschaftliche Bodenbenützung gegeben ist. Es bedarf keines wei teren Nachweises, daß dann die Alteingesessenen bis auf wenige Reste wieder unter sich und der fremdsprachige Einschlag verschwunden ist. Auf den Abbau der Schächte folgt der Abbau der Arbeitermassen, die sie angelockt haben, und nach geraumer Zeit wächst wieder der Wald über den verwüsteten Stätten und der Pflug, geführt von deutscher Hand, geht über die neuangelegten Felder. Das tschechische Zwischenspiel

⁷⁷ Die Flugblätter wurden in deutschen Ausgaben über ein in Bern eingerichtetes Büro ins Aus land und über die Geschäftsstellen unter der Bevölkerung Deutschböhmens verteilt. Vgl. die verschiedenen Anfragen für Materialentsendungen: DBLR, Deutschböhmisches Hilfsbüro (Geschäftsstelle in Dresden) an die Landesregierung in Wien, Dresden, 15., 21., 27. und 31. 3. 1919 und 11. 9. 1919. Siehe auch Lodgmans Auftrag an die Landesregierung in Wien zur Sendung von Propaganda- und Bildmaterial an das Büro in Bern. DBLR, Lodgman an „Lieber Freund“, Bern 10. 2. 1919. In der Reihe „Flugblätter für Deutschösterreichs Recht“ erschien auch eine Rede, die Lodgman am 28. Dezember 1918 vor der in Wien tagenden Lan desversammlung für Deutschböhmen hielt.

⁷⁸ Vgl. DBLR, Bericht Lauer mann 7.

⁷⁹ Deutschböhmen 30f.

⁸⁰ Ebenda 32.

ist vorüber. Aber auch während der Lebensdauer der Schächte steht die Belegschaft in so losen Beziehungen zum Boden, daß sie unmöglich zur Einwohnerschaft gezählt werden kann, wenn es sich um die Beurteilung von dauernden Verhältnissen oder Einrichtungen handelt. Auf den Schächten herrscht ein geradezu unglaublicher Belegschaftswechsel, der so etwas wie Heimatgefühl, Bodenständigkeit oder vollends Kulturan-schluß gar nicht aufkommen läßt.“⁸¹

Um der Idee des Nationalitätsprinzipes gerecht zu werden, wurden nationale Minderheiten „weggerechnet“ oder ihr Anspruch auf Anwesenheit in den umstrittenen Gebieten in Frage gestellt. Es wurde die Vorstellung verbreitet, daß die Tschechen eigentlich nicht nach Deutschböhmen gehörten. Dabei wurden schwer faßbare Begriffe wie Heimatgefühl und Bodenständigkeit in die Diskussion gebracht, die ins Dickicht nationaler Streitigkeiten führten.

Stimmungswechsel in der Bevölkerung Deutschböhmens

Die Propaganda-Aktivitäten der Landesregierung zeigten bei der Bevölkerung Deutschböhmens, wie Gebtsattel am 29. Januar 1919 berichtete, schnell Wirkungen: „In Deutschböhmen ist die anfänglich in weiteren Kreisen gezeigte Geneigtheit, sich mit den Tschechen abzufinden, ganz bedeutend zusammengeschrumpft. Dazu beigetragen haben einerseits die Agitation der deutschböhmischen Führer, andererseits das herausfordernde Verhalten, das sich die tschechischen Besatzungstruppen wenigstens an einzelnen Orten wie Brüx, Reichenberg, Saaz etc. zuschulden kommen ließen. Übergriffe, Ausschreitungen und Plünderungen tschechischer Soldaten, die in Brüx sogar zu Blutvergießen führten, haben den Gedanken an einen Anschluß an die Tschechen zurückgedrängt und die Bewegung für das Selbstbestimmungsrecht Deutschböhmens erheblich gefördert. Die Verhältnisse liegen zur Zeit derart, daß nur ein großer Teil der Industrie aus wirtschaftlichen Gründen unbedingt für die Vereinigung mit den Tschechen eintritt. Weite Kreise des Bürgertums und der Landbevölkerung, in denen anfangs Gleichgültigkeit und Unklarheit herrschten, namentlich die deutschdemokratische und nationaldemokratische Partei sowie die sozialistischen Parteien, setzen sich nunmehr entschieden für den Anschluß an Deutschland ein, und zwar als selbständiger Bundesstaat.“⁸²

Das Verhalten der tschechischen Soldaten während der Besetzung trug dazu bei, den Willen in der Bevölkerung Deutschböhmens zum Anschluß an das Deutsche Reich zu verstärken. Dies zeigt auch der Bericht eines deutschen Offiziers, der vor und nach der Besetzung Deutschböhmen bereiste: „Die Bevölkerung verhielt sich vor dem tschechischen Einmarsch eher gleichgültig gegen eine Einverleibung in den tschechoslowakischen Staat. Allgemein herrschte die Ansicht, daß die Hauptsache wäre, etwas zu essen zu bekommen, ganz gleich von wo. Einige Industrielle waren offen für den Anschluß. Diese Ansichten änderten sich wesentlich nach der Besetzung durch die Tschechen. Diese ließen die Bevölkerung durch Schikanen aller Art merken, daß

⁸¹ Ebenda 42f.

⁸² Gesandtschaftsberichte 142.

sie als Machthaber gekommen seien. Die Städte mußten die Besetzung erhalten, Verhaftungen von Offizieren, die die Volkswehr ins Leben gerufen hatten, und einflußreicher Männer wurden vorgenommen. Den Volkswehren wurden die Waffen abgenommen und sie selbst aufgelöst. Deutsche wurden öfters mißhandelt und beschimpft [...] In den besetzten Orten wurden vorhandene Getreidemengen beschlagnahmt und in das tschechische Gebiet weggeführt. Durch diese Maßnahmen wurde das Deutschtum aufgerüttelt, so daß es jetzt geschlossen und einig ist, gegen die Tschechen zu arbeiten.“⁸³

Nach dem Bericht Lauermands vom 11. Juni 1919 waren es die Sozialdemokraten, „welche die lebhafteste Werbetätigkeit entfalteten. Die bürgerlichen Parteien waren nicht geschlossen, doch wurden die bürgerlichen Kreise mit in die Bewegung gerissen, wenn auch nicht so, wie es sich manche bürgerlichen Kreise gewünscht haben. Auf jeden Fall war das Hauptziel angebahnt und bald erreicht. Der erste Erfolg zeigte sich in der zweiten Hälfte des Jänner bereits in der deutsch-böhmischen Presse. Ihre Haltung wurde fast schlagartig einheitlich irredentistisch, ihre Aufmachung ganz so, wie es in der allgemeinen Instruktion vorgeschrieben war und zeigt bis auf den heutigen Tag das gewünschte gute Bild. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß damit ein großer Einfluß auf die ganze Bevölkerung in Deutschböhmen gewonnen ist. Die Organisation hat am 4. März ihre Probe glänzend bestanden. Das Hauptverdienst an der Durchführung fällt den Sozialdemokraten zu, wenngleich nicht zu verkennen ist, daß die unerhörten Übergriffe der tschechischen Regierung selbst auf die Stimmung der Bevölkerung in Deutschböhmen den für uns günstigen Erfolg hatten.“⁸⁴

Am 4. März 1919 kam es anläßlich des Zusammentretens der neugewählten deutsch-österreichischen Nationalversammlung in vielen Städten Deutschböhmens zu Massendemonstrationen. Deutschböhmen war in dieser Nationalversammlung nicht vertreten, die Ausscheidung Deutschböhmens aus dem deutsch-österreichischen Staatsverbund somit ein Stück weit vorweggenommen. Aufgrund des Widerstandes der deutschböhmischen Sozialdemokraten waren keine Abgeordneten ernannt worden und die Durchführung von Wahlen war von den Tschechoslowaken verboten worden.⁸⁵

Während der Demonstrationen wurde vielfach an öffentlichen Gebäuden die deutsche Nationalflagge gehißt. Als tschechische Soldaten das Einholen der Flaggen befahlen und die Plätze und Straßen räumten, kam es zu Auseinandersetzungen, wobei es insgesamt 54 Tote unter den Deutschen gab.⁸⁶

⁸³ Zit. nach Molisch: Die sudetendeutsche Freiheitsbewegung 118–119, der weder angibt, von wem dieser Bericht stammt, noch, wann er abgefaßt wurde.

⁸⁴ DBLR, Bericht Lauermand 4.

⁸⁵ Vgl. Opitz, Alfred: Der tschechische Nationalstaat im Jahre 1919. *Bohemia* 22 (1981) 43–78, hier 47f.

⁸⁶ Vgl. Bachmann: Die Landesregierung 25. – Laut einem Bericht der deutschnationalen Kaadener Zeitung vom 8. März 1919 war es in Kaaden, wo am 4. März zwanzig Deutsche starben, folgendermaßen zu dem blutigen Zusammenstoß zwischen Deutschen und Tschechen gekommen: Die sozialdemokratische Partei habe Arbeiter und Bürgerliche zu einer Versammlung eingeladen, „in welcher über das Selbstbestimmungsrecht nach dem Programme Wilsons gesprochen und gegen die Verhinderung der Wahlen in die deutschöster-

Nach dem 4. März 1919 entsprach die Politik der Landesregierung den Interessen eines großen Teiles der Bevölkerung Deutschböhmens, im Gegensatz zum Herbst und Winter 1918/1919, als viele Stimmen aus der Bevölkerung eine Bereitschaft zur Verständigung mit den Tschechen erkennen ließen. Zu dieser Zeit war die Bevölkerung, was die nationale Frage anbelangte, eher gleichgültig⁸⁷. Nach den hier untersuchten Quellen gab es im Herbst und Winter 1918/1919 auch keine spontanen anti-tschechischen Ausbrüche. So kann man durchaus vermuten, daß die Mehrheit der Bevölkerung Deutschböhmens nicht von vornherein grundsätzlich gegen die Verständigung zwischen der Landesregierung und den Tschechen über einen gemeinsamen Staat war und daß sie auch für die Idee des Aufbaus eines gemeinsamen Staatswesens mit den Tschechen und Slowaken hätte gewonnen werden können, hätte sich die Landesregierung von Anfang an für diese Lösung eingesetzt. Die Bevölkerung Deutschböhmens verschloß sich ja auch gegenüber der Propaganda der Tschechen für die Zugehörigkeit Deutschböhmens zum tschechoslowakischen Staat nicht vollkommen.

Die Landesregierung ging indes nicht auf die im Herbst und Winter 1918/1919 vorherrschende Stimmung ein. Im Gegenteil, sie versuchte, die Bevölkerung Deutschböhmens mit Propaganda für ihre Ziele zu gewinnen und diese bestanden von Anfang an in der Durchsetzung der staatsrechtlichen Loslösung Deutschböhmens vom tschechischsprachigen Teil Böhmens. Es gelang der Landesregierung auch, durch ihre Propaganda zum Stimmungsumschwung beizutragen. Die Übergriffe der Tschechen kamen ihr dabei gelegen. Es waren also nicht nur das Verhalten der tschechischen Soldaten und die Maßnahmen der tschechischen Behörden, die zum Stimmungsumschwung in der Bevölkerung Deutschböhmens führten, der sich bereits am 4. März 1919 durch die zahlreiche Teilnahme an den Demonstrationen in verschiedenen Städten⁸⁸ zeigte⁸⁹.

reichische Nationalversammlung und gegen die Knebelung der Deutschen Böhmens protestiert werden sollte.“ An der Versammlung hätten etwa 9000 Personen teilgenommen. Parallel zu dieser Versammlung habe es am Marktplatz Auseinandersetzungen mit tschechischen Soldaten gegeben, weil deutsche Demonstranten die deutsche Fahne am Rathaus gehißt und die tschechoslowakische Fahne entfernt hätten. „Beim Entrollen der deutschen Fahne“, hieß es, „brach die vor dem Rathause stehende Menge in Heilrufe aus und stimmte die Wacht am Rhein an. Unterdessen gerieten beim Rathausaufgange einige junge Heimkehrer mit den dort aufgestellten Posten in einen Wortwechsel. Ein halbwüchsiger Junge warf mit einem Stück von der Mauer losgelöstem Mörtel nach einem Soldaten und traf diesen an die Wange. Der Soldat feuerte sein Gewehr ab und dieser Schuß – der Einschlag der Kugel im inneren Pfeilerbogen des Rathauستurmes ist wohl der glaubwürdigste Zeuge – war das Zeichen zum Beginne der „Schlacht“, die in den nächsten Sekunden losging. Die Posten beim Rathause und auf den Zinnen des Turmes eröffneten ein Schnellfeuer auf die ahnungslose, meist promenierende Menschenmenge, in das sich zur selben Sekunde das Rattern der Maschinengewehre im Hotel Austria und im Postgebäude und von der Schloß- und Schützengasse her das Krachen der Gewehrsalven mischte.“ DBLR, Auszug aus der Kaadener Zeitung vom 8. 3. 1919.

⁸⁷ Vgl. auch Carsten, Francis L.: *Revolution in Central Europe 1918–1919*. London 1972, der betreffend der Stimmung in der Bevölkerung Deutschböhmens im November 1918 schreibt: „The mood of general indifference and lack of national enthusiasm even affected German Bohemia and the Sudetenland, in spite of all national propaganda“ (S. 292).

⁸⁸ Es gab u. a. Demonstrationen in Kaaden, Eger, Karlsbad, Mies, Aussig und Sternberg. Vgl. Bachmann: *Die Landesregierung* 25.

Sicher gewann Seliger, der ein guter Redner war und an vielen Massenkundgebungen in Deutschböhmen sprach, große Teile der Bevölkerung für den Anschluß. Er trug dadurch auch dazu bei, daß der Graben zwischen Deutschen und Tschechen in Böhmen größer wurde. Dabei war er nicht grundsätzlich gegen ein Zusammenleben verschiedener Völker in einem gemeinsamen Staat.

Bürgerliche und Sozialdemokraten verfolgten mit der Forderung nach dem Anschluß Deutschböhmens an Deutschland ideologisch unterschiedliche Ziele, konnten ihre Vorstellungen aber jeweils mit dem Schlagwort vom Selbstbestimmungsrecht Deutschböhmens zusammenfassen. So war es möglich, alle Schichten der Bevölkerung Deutschböhmens anzusprechen und auf ein gemeinsames Ziel hin zu orientieren.

⁸⁹ Z.B. Birke führt diesen Stimmungsumschwung allein auf das Verhalten der Tschechen zurück: „Wirtschaftliche Bedenken hinderten manche Fabrikanten, politische Uninteressiertheit zunächst viele Bauern daran, die altgewohnten Gemeinsamkeiten mit den tschechischen Landesbewohnern aufzugeben und erst deren Feindseligkeiten und aufreizende Erklärungen sowie willkürliche Maßnahmen und Gewalttaten der tschechischen Behörden bewirkten vom Frühjahr und Sommer 1919 ab einen Stimmungsumschwung.“ (Birke: *Der Erste Weltkrieg und die Gründung der ČSR* 398).